

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 11. 34. Jahrg.

11. März 1921

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88, III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. p. Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Ergebnis der Urabstimmung über Paragraphen 10 des Statuts. Das Ergebnis der Urabstimmung. Rundschau. Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft und die Beschlüsse der Pariser Konferenz. — **Allgemeines:** Ein neuer Weg. Ortsbericht Offenbach a. M. — **Photograph. Mitarbeiter:** Kunst oder Handwerk? — **Graph. Technik:** Verstärkung feinsten Strichzeichnungen bei offener Linienhaltung in wissenschaftlicher Beleuchtung. I. — **Anzeigen.**

Das Ergebnis der Urabstimmung

Die Mehrheit der abstimmenden Kollegen über die Änderung des § 10 des Statuts hat sich für die Erhöhung des Beitrages auf 5 Mark die Woche entschieden und dabei auch zugleich votiert, daß den Photographen in der Porträtbranche in Innungsberrieben die Möglichkeit zur gewerkschaftlichen Organisation in unserem Verbands auch fernerhin gegeben wird. Die Kollegenschaft hat mit diesem Beschluß, den schlecht entlohnten Porträtphotographen einen Teil der mit einer wirksamen Interessenvertretung notwendigerweise verbundenen Last auf eine bestimmte Zeit abzunehmen, jene weit sichtige Erkenntnis bewiesen, die wir glaubten, von der Kollegenschaft erwarten zu können. Es gilt eben trotz aller nicht zu unterschätzenden Wirkungen des Krieges die Solidarität in unseren Kreisen noch etwas. Und das ist gut so. Ist doch dadurch die Gewähr gegeben, daß, trotz aller Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Tätigkeit der Gewerkschaften auch in unserem Verbands, stets die gemeinsamen Interessen im Vordergrund der Beachtung stehen und gegenseitige Hilfe auch in Zukunft als das Gebot der Stunde betrachtet wird.

Mögen die Photographen, soweit der Beschluß sie trifft, diese Solidaritätsbeziehung immer als das betrachten, was sie ist: Eine Kundgebung wahrer Kollegialität. Mögen sie aber auch stets dessen eingedenk sein, daß eine Mißachtung dieser Solidaritätsbeziehung in ihr Gegenteil umschlagen muß. Und als eine Mißachtung dieser Solidaritätsbeziehung betrachten wir es, wenn Photographen in der Porträtbranche auch dann die Last des erhöhten Beitrages zur Stärkung der Kampffähigkeit des Verbandes der übrigen Kollegenschaft überlassen, wenn ihre Schultern besser oder gleich tragfähig sind. Um es ganz deutlich zu sagen: Wir halten es für eine Ausnützung geübter Kollegialität, wenn Photographen bei gleichen oder höheren Löhnen als den in den anderen Branchen üblichen Löhnen von der ihnen in der niedrigeren Beitragszahlung gemachten Vergünstigung Gebrauch machen. Es möge niemals vergessen werden, daß den Photographen diese Ausnahme nur gestattet werden konnte, weil sie lohnlich noch unter dem ebenfalls unzureichenden Lohnniveau der übrigen Berufsarbeiter stehen. Obwohl ganz ohne Zweifel bei einem immerhin noch ansehnlichen Teile der Porträtphotographen die gewerkschaftlichen Grundsätze noch nicht so in Fleisch und Blut übergegangen sind, wie es im Selbstinteresse der Photographen zu wünschen wäre, sind wir doch der guten Hoffnung, daß gewerkschaftliches Freibeutertum in den Reihen der Porträtphotographen keine Verleiter findet. Da aber doch damit gerechnet werden muß,

Ergebnis der Urabstimmung über § 10 des Statuts.

Das von den Revisoren der Hauptkasse geprüfte Resultat führte zu folgenden Feststellungen:

Die Frage 1 beantworteten 5043 Kollegen mit „Ja“, 2077 Kollegen mit „Nein“, Weiße Zettel 66, Ungültige Stimmen 113.

Die Frage 2 beantworteten 4098 Kollegen mit „Ja“, 1898 Kollegen mit „Nein“, Weiße Zettel 573, Ungültige Stimmen 118.

Von den Mitgliedschaften Altona, Buzlau, Lüneburg, Mügeln, Saarbrücken ist kein Abstimmungsergebnis beim Verbandsvorstand eingegangen. Von den ersten beiden Mitgliedschaften mußte dasselbe schon bei der vorigen Urabstimmung festgestellt werden. Gegen das Abstimmungsergebnis in Hanau ist wegen Verletzung der statutarischen Vorschriften Einspruch erhoben worden. Die Ziffern von Hanau, die an dem Abstimmungsverhältnis nichts zu ändern vermögen, sind bis zur Klärung der Sache nicht mit verwandt worden und in dem Ergebnis nicht mit enthalten.

Die Mehrheit der abstimmenden Kollegen hat sich für die Erhöhung des Beitrages auf **5.— Mark** die Woche entschieden, wozu noch die unterschiedlichen Lokalbeiträge kommen.

Der neue Beitrag gilt ab 3. April.

Zur Abtragung etwaiger Reste wird bis 30. April Frist gewährt. Ab 1. Mai dürfen Marken zum bisherigen Betrage an Restanten nicht mehr verabfolgt werden. Auch dann noch vorhandene Reste sind mit dem höheren Beitrag zu begleichen.

Weiter hat sich die Mehrheit der Abstimmenden dafür entschieden, für die Angehörigen der Porträtphotographie unter den bekanntgegebenen Voraussetzungen den jetzigen Beitrag zu belassen. Die Benutzung dieser Erleichterung ist freigestellt. Deshalb müssen vor dem 3. April die in der Porträtphotographie Beschäftigten befragt werden, ob sie den höheren Beitrag zahlen oder den jetzigen Beitrag auch weiterhin in Anspruch nehmen wollen. Es wird dabei als selbstverständlich erachtet werden können, daß der höhere Beitrag fort geleistet wird, wo die tariflichen Mindestlöhne der Lithographie und des Stein-drucks erreicht sind.

Auf andere Photographengruppen als die in der Porträtphotographie, z. B. im Kunst- und die diesem unterstellten (Warenhäuser) Vergrößerungsgewerbe, Reproduktionsphotographie, trifft die Vergünstigung des niederen Beitrages nicht zu. Wir werden die neuen Beitragsmarken rechtzeitig bereitstellen und bitten, alle notwendigen Vorarbeiten in den Mitgliedschaften zu treffen.

Der Verbandsvorstand

daß in jeder Herde sich ein räudiges Schaf befindet, obliegt es der Gesamtkollegenschaft, mit darüber zu wachen, daß ihr Gesamtbeschluß auch nur unter den dabei in Geltung befindlichen Voraussetzungen Anwendung findet. Es obliegt ihnen aber auch, weiter mit darauf hinzuwirken, daß den Porträtphotographen bei der nun an sie herantretenden Entscheidung, welche Beiträge sie bis zum Verbandstag leisten wollen, die zur Beurteilung notwendige Klarheit wird. Denn von der Entscheidung hängt ab, welche Unterstützung ihnen vom Verband bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit gewährt wird. Um auch in der Unterstützungsforderung keine Unklarheiten aufkommen zu lassen, sei auch bei dieser Gelegenheit betont, daß bei einem Übergang vom 3 Mark- auf den 5 Mark-Beitrag die damit verbundene längere Unterstützungsdauer erst nach Ablauf der im Statut festgelegten Karenzzeiten in Geltung kommen kann.

Wie schon betont, hat die Kollegenschaft sich mit Stimmenmehrheit für die Erhöhung des Beitrages von 3 Mark auf 5 Mark entschieden. 5043 Kollegen bejahten die Notwendigkeit der Beitragserhöhung, während 2077 Kollegen ein Nein in die Entscheidungsurne legten. 66 Kollegen konnten sich weder für ein Ja noch ein Nein entscheiden und unterwarfen sich damit von vornherein der Entscheidung jener Kollegen, die in ganz positivem Sinne durch Abgabe ihrer Stimme das Ergebnis zu beeinflussen suchten. Stets bedauerlich ist die Abgabe von Stimmen, die als ungültig gebucht werden müssen und die bei Entscheidung der vorgelegten Frage 1 auf 113 beziffert werden müssen. Die Frage 2 beantworteten 4098 Kollegen mit »Ja«, und 1898 Kollegen mit »Nein«. Erstaunlich groß ist die Zahl jener Kollegen, die durch Abgabe eines weißen Zettels sich von dieser, für den Verband durchaus nicht einfachen Sache drückten. 573 weiße Zettel stiegen aus der Wahlurne heraus, um Kunde davon zu geben, daß es auch sovielen Kollegen ganz gleich ist, wie die, so manche Köpfe in Hitze gebrachte Entscheidung ausfällt. Darüber und auch noch über einige andere, durch die Urabstimmung an die Oberfläche geschwemmte Dinge wird noch einiges gesagt werden müssen. Manches daran wird den Kollegen gerade nicht wie liebliche Musik in den Ohren klingen, aber nur durch Feststellung dessen, was ist, kann der Weg zur Beseitigung von Übelständen gefunden werden.

Mit dieser Entscheidung hat auch die Kollegenschaft zugleich über den Vorschlag des Verbandsvorstandes entschieden, von welcher Zeit ab der erhöhte Beitrag geleistet werden soll. Ab 3. April tritt der erhöhte Beitrag in Wirksamkeit. Wer mit seiner Beitragsleistung noch im Rückstande ist, möge sich nun spülen! Zwar wird zur Abtragung etwaiger Reste bis zum 30. April Frist gegeben, doch davon sollte kein Kollege Gebrauch machen. Ein guter Gewerkschafter zahlt seine Beiträge regelmäßig und wenn einmal die Ungunst der Verhältnisse ihn zwingt, von diesem Brauch abzugehen, dann erfolgt die Nachzahlung, sobald es die Verhältnisse nur einigermaßen gestatten. Solches Tun schützt nicht nur vor Ungelegenheiten in Zeiten,

die uns an sich schon genügend bedrücken, sondern zeugt auch von der Erkenntnis der Tatsache, daß jeder einzelne ein Glied der Verbandsgemeinschaft ist und der Verband dem einzelnen gegenüber seine Verpflichtungen nur erfüllen kann, wenn die einzelnen dem Verband gegenüber ihre Verpflichtungen erfüllen. Trotzdem möchten wir die vom Vorstand gegebene Anweisung noch einmal unterstreichen, daß ab 1. Mai 1921 Marken zum bisherigen Betrage an Restanten nicht mehr verabfolgt werden dürfen. Wer bis dahin eventuelle Reste nicht beglichen hat, muß auch für die Zeit vor dem 3. April Marken zum neuen Betrage kleben.

Wenn auch die Entscheidung der Kollegen nicht anders ausgefallen ist, als von uns erwartet wurde, so ist doch die geringe Anzahl von Kollegen zu bedauern, die ihr Veto ab gegeben haben. Nur 30 Prozent der Kollegenschaft hielten es für notwendig, in die extra für die Urabstimmung einberufenen Versammlungen zu gehen, um über eine der wichtigsten Verbandsfragen mit zu entscheiden. Wenn nichts schlimmeres, beweist diese Abstimmung zum mindesten eine starke Interessenlosigkeit. Wie tief diese Interessenlosigkeit sich schon gefressen hat, wird ja die nächste Zeit ausweisen. Unsere Warnungssignale, die wir ertönen ließen, haben schneller, als erwartet wurde, auch für uns Geltung bekommen. Der bisher für das Steindruckgewerbe in Geltung befindliche Tarif ist von Unternehmenseite gekündigt worden. Die gleichzeitig von den Unternehmern mit eingereichten Abänderungsanträge lassen deren Bestrebungen ganz deutlich erkennen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Steindruckgewerbe in rückläufigem Sinne zu revidieren. Die sehr wahrscheinlich bald stattfindenden Beratungen zum Zwecke eines neuen Tarifabschlusses werden deshalb von ganz besonderer Bedeutung sein. Mit Sicherheit ist schon im Voraus zu sagen, daß die von den Unternehmern geforderte durchgängige achtstündige Tagesarbeitszeit der Angelpunkt der zu führenden Kämpfe sein wird. Aber auch die notwendige Angleichung der Löhne wird harte Auseinandersetzungen bringen und ist es durchaus nicht ausgemachte Sache, daß die Vertreter der Gehilfenschaft auch diesmal die Dinge meistern werden.

Wer den Gang der Verhandlungen im Buchdruckgewerbe mit kritischen Augen verfolgt hat, weiß, welcher Wind jetzt weht. Reaktionswind ist es, der ganz unverkennbar den Geruch gesteigerten Machtbewußtseins des Unternehmertums mit sich führt. Das werden auch wir zu spüren bekommen; nicht etwa nur die Lithographen und Steindrucker. Deren was sich im Steindruckgewerbe ereignet, pflanzt sich wie von mechanischen Kräften getragen auch auf die übrigen Berufe fort. Deshalb gilt es doppelt auf der Hut zu sein und selbst die letzte Konsequenz in Rechnung zu stellen. Wenn auch die gegenwärtige außenpolitische Konstellation des wirtschaftlichen Deutschlands innere Wirtschaftskämpfe als des Selbstmordes widersinnigste Form erscheinen lassen, so zeigt doch ein Blick auf den tatsächlichen Verlauf der Dinge, wie recht der Vorstand im Einverständnis mit dem Verbandsausschuß und den Gauleitungen gehandelt hat, als er in rechter Erkenntnis des Kommenden die Kollegenschaft vor die Frage der Stärkung der Kampffähigkeit des Verbandes stellte. Diese Frage ist jetzt in zustimmendem Sinne entschieden worden und nun gilt es, die getroffene Entscheidung auch in die Tat umzusetzen und dafür zu sorgen, daß die damit verbundene Umstellung glatt und reibungslos erfolgt. Diese Umstellung liegt nicht nur auf den Schultern der Verwaltungen, sondern auch jeder außerhalb der Verwaltung stehende Kollege hat die Pflicht, an seinem Teile mit daran zu wirken. Denn vergessen wir es nicht: Aus den Vorgängen in unserem Lager zieht das Unternehmertum die Schlüsse für seine Haltung! Es weiß genau, daß nur Einigkeit stark macht — und stellt sich darauf ein. Richten auch wir uns danach!

Rundschau.

Ais Sekretär des Graphischen Bundes ist Kollege Lithograph Friedrich Pritschow gewählt worden und wird er seine Tätigkeit am 1. April aufnehmen. Kollege Pritschow, der bis Ende vergangenen Jahres in der Mitgliedschaft Dresdens unseres Verbandes mit in den vordersten Reihen der Kollegen gestanden hat, ist durch seine Wiederholung in der »Graphischen Presse« erschienenen Artikel auch weiteren Kollegenkreisen bekannt geworden. Von der Arbeiterschaft Lörrachs, Baden zum Arbeiterssekretär gewählt, nahm Pritschow diese Tätigkeit am 1. November vergangenen Jahres auf, um sie nun mit der Arbeit für den Graphischen Bund zu tauschen. Hoffen wir, daß es ihm vergönnt sein wird all die sicher nicht leichteren Aufgaben, die seiner harren, zu lösen und der Gejanke des Graphischen Industrieverbandes recht bald greifbare Form erhält.

Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften. Obwohl ein Riesenbedarf an Kleidungs- und Wäschestücken aller Art vorhanden ist, sind viele Arbeiter dieser Branchen arbeitslos, die Fabriken stehen still. Der Absatz der Waren stockt, weil die Warenpreise für die große Volksmasse unerschwinglich sind. Hier einen Ausgleich zu schaffen, ist der Zweck der Warenversorgungsstelle deutscher Gewerkschaften. Sie hat die Aufgabe, die Arbeiter mit billigster Ober- und Unterkleidung zu versorgen, dadurch die Absatzmöglichkeiten zu erhöhen und so von neuem Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter der Bekleidungsindustrie zu schaffen. Das Unternehmen wird vom Reichsarbeitsministerium aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge unterstützt.

Ihren Sitz hat die Warenversorgungsstelle in Berlin. Von hier aus werden die einzelnen Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Waren versorgt. In größeren Orten werden eigene Verkaufsstellen eingerichtet oder die Konsumvereine mit dem Verkauf betraut, in kleineren Orten, wo die Warenverteilung nicht in dieser Weise erfolgen kann, werden die Bestellungen direkt beim Ortsauschuß aufgegeben. An allen Stellen liegt Musterware unter Angabe des Preises aus. Es ist zu hoffen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen allerorts regen Gebrauch von dieser neuen Notstandseinrichtung machen.

Zur Erforschung der Gewerkrankheiten. Das Arbeitsministerium des Freistaates Sachsen hat angeordnet, die Krankenkassen im Verein mit ihren Kassenärzten planmäßig zur Erkennung und Feststellung von Gewerkrankheiten heranzuziehen. Es sollen dem Ministerium zur Übermittlung an den Landesgewerbeamt regelmäßig alle Beobachtungen über solche Erkrankungen mitgeteilt werden, die auf berufliche Schädigungen zurückzuführen sind. Dabei sind die mutmaßlichen Ursachen, die befähigten Betriebe und die behandelnden Ärzte anzugeben. Zur Erforschung und zu dem dringend notwendigen Ausbau der Gewerbehygiene müßte diese Maßnahme überall zur Einführung kommen.

Not und Überfluß Das »Reichsarbeitsblatt« bringt eine Arbeit: »Sozialpolitische aus dem Ausland«. Danach besteht nach Einbringung der neuen Saat ein derartiger Überfluß an Wolle in den Produktionsländern der Welt, daß 2 bis 3 Jahre dazu nötig sein werden, ihn aufzubrechen. Die Konferenz der Baumwollpflanzer, Händler und Bankiers des südlichen Teiles der Vereinigten Staaten hat deshalb beschlossen, die nächste Baumwollenernte durch Verminderung der Anbaufläche um 50 vom Hundert herabzusetzen. Die Weigerung der amerikanischen Banken, weitere Vorschüsse auf Getreide und Baumwolle zu gewähren, hatte umfangreiche Liquidationsverkäufe von Weizen zur Folge. Da durch ereigneten sich allein im Oktober 923 Bankrotte mit Verlusten von 39 Millionen Dollar. Und während drüber vor Überfluß an es zugrunde geht, hungern wir. Das ist die »Ordnung« der kapitalistischen Wirtschaft.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiterschaft und die Beschlüsse der Pariser Konferenz.

Unter diesem Titel hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund an die Regierungen und Völker der Entente eine Denkschrift gerichtet, die die Lage der deutschen Arbeiterschaft auch durch statistisches Material schildert und den Nachweis erbringt, daß die Bedingungen der Pariser Konferenz:

1. Zahlung von 42 Jahresraten, beginnend mit 2 Milliarden Goldmark, steigend nach je 2 Jahren auf 6 Milliarden Goldmark. Die Gesamtsomme dieser festen Jahreszahlungen soll 226 Milliarden Goldmark betragen.

2. Erhebung einer 12prozentigen Abgabe von der deutschen Ausfuhr für dieselbe Zeitdauer richtig zu erfüllen sind. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes weist darauf hin, daß das, was Deutschland an Wiedergutmachungen zu leisten hat, nur aus den Erträgen der deutschen Arbeit fließen kann. Andere Werte sind in Deutschland nicht vorhanden. Da diese Arbeit so von der deutschen Arbeiterschaft geleistet werden muß, hält sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund legitimiert und berufen,

ein Urteil darüber abzugeben, einmal, ob das möglich ist, und zum andern, ob es möglich ist, ohne die Arbeiterschaft auf das allerschwerste zu schädigen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beantwortet die Fragen ohne jede Einschränkung mit einem absoluten Nein!

Nachdem auch in der Denkschrift festgestellt worden ist, daß

erstens die Zerstörung in den Kriegsgebieten, wenn es nach dem Willen der deutschen Gewerkschaften gegangen wäre, nicht entfernt die ungeheuren Dimensionen angenommen hätten, die sie so leider erreicht haben, und zweitens, daß die deutschen Gewerkschaften von jeher und noch immer auf dem Standpunkt stehen, daß Deutschland den entstandenen Schäden nach Möglichkeit erstattet, und daß sie selbst bereit sind, sich nach Menschlichkeit an der Wiedergutmachung durch die Tat zu beteiligen wird darauf verwiesen, daß sich die deutsche Arbeiterschaft noch nicht wieder in den Verhältnissen befindet, wie es die Pariser Beschlüsse anscheinend voraussetzen, die von denen vor dem Kriege sich nicht wesentlich unterscheiden. Im Gegenteil sind in Deutschland noch immer, und zwar in zunehmendem Maße, internationale Hilfsunternehmen am Werke, um die hunderttausende infolge der Kriegswirkungen unterernährter Kinder vor dem völligen Verfall, vor lebenslänglichem Siechtum und Verkümmern zu bewahren. Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterschaft würden gern auf diese gewiß hochherzige und dankenswerte Hilfe verzichten, wenn die Erträge ihrer Arbeit es ihnen ermöglichen, sich und ihre Kinder aus eigenen Mitteln hinreichend zu ernähren. Leider reichen bisher die Erträge der deutschen Arbeit dazu nicht aus.

Daß die deutsche Arbeiterschaft das zum Leben Notwendige richtig hat, daß in Deutschland die große Masse des Volkes unterernährt ist, das beweist eine Statistik, die das Ergebnis einer im Monat Dezember 1920 vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranstalteten Enquete ist.

Diese Enquete erstreckte sich auf 30 Industrieorte der verschiedensten Größe und in allen Teilen des Reiches. Sie erfaßte Königsberg im Osten und Aachen und Köln im Westen; Hamburg und Rostock im Norden und Stuttgart und München im Süden; sie umfaßte die verschiedensten Typen deutscher Industriezentren, ergibt mithin ein umfassendes Bild von den deutschen Industriestätten. Sie ist von keinerlei Tendenz getragen, sondern lediglich darauf gerichtet gewesen, die Wahrheit zu ermitteln. Es ergibt sich daraus, daß von den erfaßten 230000 Arbeitern und Arbeiterinnen, einschließlich einer kleinen Anzahl von Angestellten, Lohnsteigerungen gegenüber dem Jahre 1914 nachzuweisen haben

1444851 mehr als das Achtfache,
817706 das Fünf- bis Achtfache,
37496 weniger als das Fünftfache.

Die durchschnittliche Steigerung der Löhne beträgt in diesen drei Gruppen:

Gruppe I: das 9fache,
Gruppe II: das 6 6/10fache,
Gruppe III: das 4 2/10fache.

Im Gesamtdurchschnitt beträgt die tatsächliche Lohnsteigerung das Achtfache.

Dagegen zeigt ein Vergleich mit der Steigerung der Kosten des notwendigen Lebensunterhalts, daß diese Kosten seit dem Jahre 1914 auf das Fünfzehnfache angestiegen sind. Das heißt mit anderen Worten: daß die Löhne der deutschen Arbeiterschaft doppelt so hoch sein müßten, wenn sie ihr auch nur das bescheidene Maß der Lebenshaltung wie vor dem Kriege ermöglichen sollten. Es kann aber auch nicht geltend gemacht werden, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter vor dem Kriege eine luxuriöse oder auch nur eine allgemein auskömmliche gewesen wäre. Als im Jahre 1900 das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch zur Einführung gelangte, wurde in diesem der der Pfändung nicht unterworfenen Teil des Einkommens auf 1500 Mk. im Jahre gesetzlich festgesetzt. Dieser Betrag von 1500 Mk. galt seitdem unbeschränkt als gesetzlich anerkanntes Existenzminimum.

Dieses Existenzminimum ist bis zum Jahre 1914 nicht erhöht worden. Auch im Jahre 1914 hatten Millionen deutscher Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten ein Jahreseinkommen von 1500 Mark noch nicht erreicht! Die Zahlen der preußischen Einkommensteuerstatistik beweisen das. In Preußen begann bis zum Jahre 1914 die Einkommensteuerpflicht bei einem Einkommen von 900 Mark jährlich.

Nach der genannten Statistik betrug die Zahl der einkommensteuerfreien Personen, also derjenigen Personen, die weniger als 900 Mark Jahreseinkommen hatten in den Städten 5338278 — 29,7 Prozent der Bevölkerung mit Angehörigen; ohne Angehörige waren es 3878447 19,8 Prozent der Bevölkerung.

Die Zahl der Zensiten mit einem Jahreseinkommen von 900 bis 1050 Mark belief sich insgesamt auf 1366493, davon in den Städten 732600.

Die Zahl der Zensiten mit 1050 bis 1200 Mark Jahreseinkommen belief sich auf 1197389, davon in den Städten 720209; 1200 bis 1350 Mark Jahreseinkommen hatten 945374 Zensiten, davon in den Städten 584505; und 1350 bis 1500 Mark Jahreseinkommen hatten 852194 Zensiten, davon in den Städten 557294.

Das ergibt allein in Preußen insgesamt 823987 Zensiten mit weniger als 1500 Mark Jahres Einkommen im Jahre 1913, also 41,9 Prozent der Gesamtbevölkerung Preußens!

Und von den steuerpflichtigen Zensiten, d. h. denen, die mehr als 900 bis zu 1500 Mark Jahres Einkommen aufzuweisen hatten, wohnten in den Städten allein 2595208.

Ähnlich wie in Preußen liegen die Verhältnisse im ganzen Deutschen Reich.

Aber das Bild, das sich aus der Statistik über die Lohnsteigerung ergibt, bedarf noch in anderer Hinsicht einer wesentlichen Korrektur. Es wäre unzutreffend, nun etwa anzunehmen, daß die deutschen Arbeiter allgemein heute schon auch nur die kümmerliche Lebenshaltung haben, die einer achtfachen Erhöhung des Nominallohnes entspräche. Eine solche Lebenshaltung haben nur diejenigen, die tatsächlich noch in Arbeit stehen. Bedenkt man jedoch, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland heute einen Umfang erreicht hat, wie er nie zuvor da gewesen ist, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild von der Lebenslage der deutschen Arbeiterschaft. Die Statistik bezeugt, daß von ca. 2 1/4 Millionen Arbeitern über 1/2 Million ganz oder teilweise arbeitslos waren. Und so, wie es in den angeführten 30 Industriekreisen liegt, so liegt es allenfalls in den deutschen Städten. Diese ungeheure Arbeitslosigkeit und Verdienstbeschränkung trägt aber naturgemäß dazu bei, die Unterernährung der Massen des arbeitenden Volkes in Deutschland immer wieder zu verschärfen, das Elend zu vermehren. Dieses Elend ist schon lange nicht mehr nur ein physisches, sondern auch ein geistiges. Es erzeugt daher naturgemäß geistige Erscheinungen, an denen auch die Autoren der Pariser Beschlüsse nicht achtlos vorübergehen können.

Nachdem auch die Ursachen der Arbeitslosigkeit in Deutschland eingehend gekennzeichnet sind, kommt die Denkschrift zu dem Schluß, daß die deutsche Arbeiterschaft die Pariser Propositionen ablehnen muß, weil sie es mit ihrer Auffassung nicht vereinbaren kann, ihnen gegenüber auch nur durch Stillschweigen den Eindruck zu erwecken, daß sie erfüllbar wären. Und sie muß sie ferner ablehnen, weil sie ihrer tiefsten Überzeugung nach gleichbedeutend sind mit der Einführung der Sklaverei in Deutschland.

Die deutsche Arbeiterschaft lehnt die Zumutung, die ihr durch die Pariser Beschlüsse gemacht wird, aber auch um deswillen ab, weil sie überzeugt ist, daß die Erfüllung der von der Entente erhobenen Forderung unbedingt dazu führen müßte, auch die Lage der Arbeiter in allen anderen Ländern auf das schwerste und nachhaltigste zu gefährden und zu erschüttern.

Im Namen der Gerechtigkeit erheben deshalb die deutschen Gewerkschaften Protest gegen die Pariser Beschlüsse; sie verlangen, daß auch den Besiegten gegenüber die Attribute, die als leuchtendes Fanal über der neuzeitlichen Entwicklung stehen: Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! jetzt, wo es sich um das Schicksal der deutschen Arbeiterschaft handelt, nicht verleugnet werden.

Ähnlich wie der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, wendet sich die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in einem warnenden Schreiben an den englischen Minister Lloyd George gegen die Bedingungen der Pariser Konferenz. Es lautet:

Exzellenz! Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, das im Namen von 25 Millionen organisierter Arbeiter spricht, erachtet es für nötig, bei Beginn der Beratungen der Vertreter der verschiedenen Regierungen über die an Deutschland zu stellenden Forderungen betreffend die Wiedergutmachung, die Aufmerksamkeit dieser Vertreter auf die Forderungen zu lenken, die die Arbeiter hinsichtlich der Durchführung des Friedensvertrages zu wiederholten Malen dem Obersten Rat des Völkerbundes bekanntgegeben haben sowie auf die vom Internationalen Gewerkschaftskonferenz in London vom November vorigen Jahres angenommenen Resolutionen, betreffend den Wiederaufbau Europas und die Kohlenlieferungen Deutschlands.

Die organisierten Arbeiter erachten eine Schadensvergütung durch Deutschland für notwendig und gerechtfertigt; sie protestieren jedoch gegen Forderungen, die die Arbeiter Mitteleuropas eine volle Generation hindurch in Sklaverei stürzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas verhindern, den Haß zwischen den Völkern verschärfen und die Kultur vernichten würden.

Das Bureau fordert von der internationalen Botschafterkonferenz die Feststellung einer gerechten Schadensvergütung unter Berücksichtigung dieser Erwägungen und der Resolutionen des Londoner Kongresses.

Für das Bureau: J. Oudegeest, Sekretär.
Während wir diese Zeilen schreiben, sind die nach London einberufenen Verhandlungen über die Wiedergutmachungspflichten Deutschlands im Gange. Die vom deutschen Außenminister Simons gemachten Vorschläge sollen auf ein Unannehmbar seitens der Entente gestossen sein und wie verlautet, sollen die gegen Deutschland zu ergreifenden Repressalien in den Kreis der Erwägung gezogen werden. Inwieweit die Forderungen der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Welt ihre Berücksichtigung bei den Verhandlungen finden, muß sich schon in den nächsten Tagen zeigen.

Allgemeines.

... für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ein neuer Weg?

Anläßlich der Generalversammlung des Bundes der chemographischen Anstalten hielt im Hotel A-toria in Leipzig Herr Professor Goetz von der Akademie für Buchgewerbe und Graphik einen Vortrag über: »Vorschläge zur Ausbildung des Nachwuchses im graphischen Gewerbe.«

Nachdem Professor Goetz in eindrucksvollster Weise die schwierige Lage des graphischen Gewerbes als Luxusgewerbe geschildert hatte, erging sich der Redner in längeren Ausführungen über die Preisfestsetzung der einzelnen graphischen Branchen. Fortdauernd steigende Unkosten und die hohen Materialpreise erlauben keinen Preisabbau der graphischen Erzeugnisse. Hier liegt vor allem die Ursache, daß der Umsatz der Friedensjahre weder im Inland, noch nach dem Ausland bisher wieder erreicht werden konnte.

Hat die inländische Absatzstokung seine erklärlichen Ursachen, so müsse vom Ausland gesagt werden, daß es sich während der Kriegsjahre manche Verbesserung zunutze gemacht habe. Wenn wir im Ausland und speziell in Amerika wieder ausschlaggebend auftreten wollten, können wir dies nur durch Qualitätsarbeit.

Jeder Wettlauf durch Billigkeit mittels Massenproduktion auf Kosten der Qualität ist vergebliche Liebesmühe. Qualität lasse sich aber in den bisherigen Druckverfahren, in Buchdruck und Steindruck usw. nur auf gutem Papier herstellen, dessen gegenwärtig hohe Preise der wesentlichste Faktor sei. Das künftige Auslandsgeschäft kann sich nur entwickeln, wenn Qualität und Masse sich auf der lenkbar günstigsten Grundlage aufbauen. Diese Grundlage sei der Offsetdruck; ihm gehöre die Zukunft. Nur der Offsetdruck ist im Stande, alle Feinheiten der in den letzten Jahren in Deutschland kultivierten Spezialtechniken in ausgezeichneter Weise wiederzugeben, ohne von der Papierbeschaffenheit abhängig zu sein. Diese deutschen Spezialtechniken (insbesondere Farbensteinauto), die einen gewaltigen Vorsprung dem Ausland gegenüber darstellen, mit dem Offsetdruck zu verbinden, darin liegt die einzige Möglichkeit, in der Welt einzig dastehende Leistungen zu vollbringen und zu werden, wenn dieser Weg beschritten wird, den verlorenen Exportmarkt wieder dem deutschen graphischen Gewerbe erobern und sichern.

Der gezeigte Weg kann aber nur beschritten werden, wenn so schnell wie möglich die erwähnten photomechanischen Techniken ihrer Vollendung entgegengeführt werden.

Die Umstellung der bisherigen Produktion in das neue Gebiet des Offsetdruckes mit den neuen photomechanischen Verfahren bringe naturgemäß die Überläuferfrage mit sich. Doch sei jede gewaltsame Überleitung von Übel. Wenn der Auftragsbestand nicht Schritt hält mit dem Personalbestand, so ist ein derartiger Zustand stets ungesund, und es wäre verkehrt, nun kurzer Hand Lehrlinge auf diese Verfahren zu drillen. Sachgemäßes langsames Überleiten der vorhandenen graphischen Arbeiter in die Photomechanik ist das Beste für das Gewerbe. Vorbedingung dazu ist, daß für die einzelnen Unternehmungen fachtechnisch tüchtige Leiter und Meister zur Verfügung stehen. Hier ist die Lücke die ausgefüllt werden muß.

Kompromi-se in diesem Hauptpunkt sind stets für das Geschäft Verluste. Nur das Unternehmen kann sich behaupten und wird leistungsfähig sein, dem technisch tüchtigen Leiter zur Verfügung stehen, denn der Arbeiter folgt willig nur den Anordnungen, die von einem »Könner« ausgehen.

Früher war meist der Geschäftsinhaber tüchtiger Fachmann, da führten diese Firmen mit Recht den Namen Kunstanstalt, heute könne man leider in großem Umfang von kunstgewerblichen Fabriken sprechen. Früher stammten die meisten graphischen Arbeiter aus der freien Graphik, sie halten von der Pücke ab gedient — aber bald folgte das systematische Lehrlingswesen, das sofort in Spezialistentum ausartete. Private und staatliche Lehranstalten konnten diesen Widersinn nicht abhelfen.

Die privaten Lehranstalten waren meist Lehrlingszuchtereien, während in den staatlichen Lehranstalten reine Wissensschaffler an der Spitze stehen, denen das künstlerische und die handwerksmäßige Fachtechnik fernliegt. Hier werden Vielwisser großgezogen ohne praktische Kenntnisse. Beide toten Lehranstalten fallen für die Ausbildung der heute notwendigen Kräfte aus. Die Ausbildung geschieht am besten im Betriebe selbst. Darüber hinaus fehlt dem Gewerbe aber die Stätte an der die besten und befähigsten Arbeiter weiter ausgebildet werden, zu Meistern, die den Betrieb selbst dann in die gewünschten Bahnen leiten. Jedem, der befähigt ist, muß an dieser Stätte das fehlende gegeben werden. Nur mit dem Beruf fest und innig verwachsenen Arbeitern sollen weiter ausgebildet werden, nicht nur schulmäßig und theoretisch, sondern auch praktisch, so daß diese Berufenen einen unversehrten Überblick über das Gewerbe gewinnen.

Die geeignetste Stätte sei die Akademie für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig, deren Abteilung für Photomechanik von dem Redner selbst, Professor Goetz geleitet wird. Diese Abteilung hat den Plan gefaßt, eine Lehrwerkstätte mit Meisterkursen einzurichten.

Als langjähriger Leiter der bekannten Firma »Buckmann, München« weiß der Redner am besten was der Akademie fehlt. 30 Jahre hat er in Praxis und Wissenschaft gestanden, und ist durch engste Verbindung mit Amerika über den jeweiligen Stand der Technik daselbst orientiert.

Unter Anleitung der besten und befähigten Meister die auf der Leipziger Akademie ausgebildet würden, ist das deutsche graphische Gewerbe instand, seinen einzig dastehenden hochqualifizierten Gehilfenbestand der absterbenden Litho und Chemigraphie hinüberzuleiten in die neuen Verfahren, ihnen neuen Broterwerb zu geben.

Mit dem Wunsche, das gesamte graphische Gewerbe möge an einer solchen Lehrstätte Parte stehen, schloß Professor Goetz seinen überaus eindrucksvollen Vortrag der von bester Sachkenntnis zeugte, und hohen Idealismus und Liebe zum graphischen Gewerbe ausstrahlte.

An diesem Vortrag selbst nahmen außer den Chemigraphie-Unternehmern, Leipziger Steindruckereibesitzer, Tarifamtsvertreter, ein Vertreter der Reichsdruckerei sowie zwei Vertreter der sächsischen Regierung teil, die sich außerordentlich zustimmend über das Projekt aussprachen.

Wenn die Gehilfenschaft als Ganzes bei der Verwirklichung dieses Projektes nicht beiseite gelassen wird — dann kann man diesen Vortrag als neuen Weg in der Entwicklung unseres Gewerbes betrachten. G. K.

Ortsberichte.

Offenbach a. M. Die am 10. 2. tagende Mitgliederversammlung nahm die vom Verbandsvorstand ausgeschriebene Urabstimmung über Beitragserhöhung vor. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages 1 mit 2/3 Mehrheit. Antrag 2 wurde mit fast dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt. Des weiteren beschloß die Versammlung mit dem bekannten »Offenen Brief« der V. K. P. D. Nach langer und gründlicher Aussprache erfolgte die Ablehnung mit 2/3 Mehrheit. G. H.

Photogr. Mitarbeiter.

Kunst oder Handwerk?

Der Froschmäusekrieg im photographischen Reiche über die Frage, ob die Photographie Kunst oder Handwerk ist, der in den Jahren 1901/02 anläßlich der dem preußischen Minister für Handel und Gewerbe zur Entscheidung vorgelegten Frage entflammte, scheint wieder ausbrechen zu wollen. Die sich als Künstler fühlenden Photographen sehen sich angesichts der mit allen Mitteln betriebenen Kultur von Zwangsinnungen auch in der Photographie, in ihren heiligsten Gefühlen bedroht und laufen deshalb Sturm gegen die damals gefällte Entscheidung, die es für »unbedenklich« erachtete, die Photographen, ebenso wie die übrigen graphischen Gewerbe, in die Organisation des Handwerks einzubeziehen und so auch die Photographie reif für die Zwangsinnung zu machen. Sie glauben an der Tatsache, daß die Neuregelung der Bestimmungen der Gewerbeordnung in Arbeit ist, den Schluß ziehen zu müssen, die Gelegenheit zur Beseitigung des ganzen Zwangsinnungsplunders ergreifen zu müssen — natürlich nur für das Gebiet der Photographie. Obwohl die angeführten Gründe durchaus den Notwendigkeiten der Zeit entsprechen, sehen die guten Leute die im Finstern mit Händen zu greifende Tatsache, daß ihren Bemühungen nur ein Erfolg beschieden sein kann, wenn sie sich mit allen nach gleicher Richtung marschierenden Truppen verbinden und durch geeilte Kraft versuchen den Sieg an ihre Fahne zu heften, nicht.

In dem anscheinend wieder auflebenden Kampfe im Photographiegewerbe um Zwangsinnung oder nicht spielt natürlich die Frage eine Rolle, ob die Photographie zu den Kunstgewerben zählt, oder ob die Tätigkeit des Photographen eine rein handwerksmäßige ist. Die Gegner der Zwangsinnung verneinen natürlich die rein »handwerksmäßige« Tätigkeit des Photographen glattweg, weil nur so nach den in diesen Kreisen noch immer herrschenden Anschauungen das Organ der Zwangsinnung für den photographischen Beruf überhaupt in Wegfall kommen kann. Die Freunde der Zwangsinnung müssen sich ob solcher Fragestellung naturgemäß in einer durchaus verständlichen, ungemühtlichen Situation befinden, weil auch sie die Arbeit des Photographen nicht jeder künstlerischen Nuance entkleiden wollen. Wenn sie vielleicht auch nicht die mit einer Erklärung der Photographie als reine handwerksmäßige Tätigkeit Hand in Hand gehende Wirkung auf die Gehilfenschaft erkennen, so fühlen sie doch ganz instinktiv, daß damit einem immerhin nicht zu unterschätzenden Teile von Gehilfen und Gehilfinnen der Schleier von den Augen gezogen wird, der sie heute noch nicht erkennen

läßt, daß nur eine festgefügte, möglichst alle Berufsarbeiter umfassende gewerkschaftliche Organisation in der Lage ist, mit Erfolg ihre Interessen zu vertreten.

Welche Stellung wir als Gehilfen den Zwangsinnungen gegenüber einnehmen, ist schon so oft zum Ausdruck gebrach worden, daß es wirklich nicht lohnt noch einmal in diese Frage einzusteigen. Die Zwangsinnungsidee entstammt einer Zeit, die mit der heutigen Zeit auch nicht im geringsten Zusammenhänge steht und deshalb ganz naturgemäß auch in durchaus zünftlerischem Sinne wirken muß. Die sich aus solchem Wirken ergebenden Konsequenzen stehen deshalb auch in so außerordentlich starkem Widerspruch zu dem allgemeinen Verlauf der Dinge, daß mit Berechtigung vom Kleinmeisterum als einem reaktionären Gebilde gesprochen werden kann. Man braucht sich ja nur einmal in all den Gewerben, die von der Zwangsinnung beherrscht werden, die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der in diesen Gewerben beschäftigten Arbeiter anzusehen, um sofort zu erkennen, welcher Geist in diesen Kreisen lebendig ist. Schon diese eine Tatsache ist der Arbeiterschaft genügend Veranlassung, bei passender Gelegenheit den ganzen Zwangsinnungsplunder in die Wolfsschlucht zu versenken, um so auch in diesen Gewerben den Weg für die Gestaltung eines wirklich freien Arbeitsverhältnisses frei zu machen.

Aber auch zur Frage Kunst oder Handwerk ist schon in zahlreichen Auslassungen von der Gehilfenchaft Stellung genommen worden. Es dürfte bei dieser Gelegenheit am Platze sein, noch einmal besonders auf die in Nr. 15 der Graphischen Presse, Jahrgang 1920, unter der Stichmarke „Photographie und Kunst“ gemachten Ausführungen hinzuweisen. Sehr richtig wird dort darauf hingewiesen, daß sehr wohl das Lichtbild zur Beurteilung und Steigerung des Lebensgefühls beitragen kann und daß die handwerkliche Beherrschung der technischen Ausdrucksmittel gepaart sein muß mit künstlerischem Sehen der Erscheinungsformen, soll das Bild eine künstlerische Wirkung haben, einen ästhetischen Wert besitzen. Inwieweit der Photograph als Gehilfe in dem ihm durch das Material gezogenen Grenzen Künstler sein kann, hängt zumeist nicht von ihm ab, sondern von den Umständen, unter denen er gezwungen ist zu arbeiten. Bei geringer Bezahlung und möglichst hoher Leistung kann nicht viel von Kunst verlangt werden. Dieses Verhältnis wird sich auch nicht ändern, solange die Quantität der Leistungen im umgekehrten Verhältnis zur Quantität des Lohnes steht, solange auch die Photographie unter dem Zwange der kapitalistischen Profitwirtschaft steht. Denn wo unter dem Gesichtswinkel der Profitverwertung produziert wird, kommt es in erster Linie auf die Höhe des Profites und erst viel später auch auf die, der Arbeit sonst noch inwohnenden Werte an.

Die Erkenntnis, daß die Arbeit, gleichviel in welchen Formen sie auftritt, heute nur ein Mittel zur Erzeugung von Profit ist, ist in weite Arbeiterkreise schon längst gedrungen. Dem Anschein nach ist ein wesentlicher Teil der Photographengehilfen und Gehilfen nicht in diesen Teil der Arbeiterschaft einzurechnen. Das vielfach direkt eigenartige Verhalten der Photographengehilfen, daß sich aber bei genauer Nachprüfung aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis ergibt, läßt deshalb viel von Künstlerstolz sprechen, obwohl man eigentlich Dünkel meint. Aber Dünkel besitzt gerade der seiner Persönlichkeit und seiner Leistungsfähigkeit bewußte Mensch nicht. Soweit aber sein Stolz in Frage kommt, liegt er mit Berechtigung in dem Wert seiner Arbeit und in der Schätzung,

die seine Arbeit findet. - Da aber auch die Zwangsinnung lediglich dazu geschaffen ist, den Meistern einen Schutz auch in wirtschaftlicher Beziehung zu gewähren, kann es für die Arbeiter dieser Gewerbe nur die eine Möglichkeit geben, in ihrer gewerkschaftlichen Organisation sich einen gleichartigen Schutz zu schaffen, weil der einzelne allein nichts gegen eine organisierte Macht ausrichten kann. Photographen, habt ihr schon einmal diese Seite der Medaille eingehend betrachtet und die rötigen Schlußfolgerungen aus der Betrachtung gezogen? hr.

Graphische Technik.

Verstärkung feinsten Strichzeichnungen bei offener Linienhaltung in wissenschaftlicher Beleuchtung.

Von Curt Mischewski.

L.

(Nachdruck verboten.)

Die moderne Wissenschaft hat viel Licht in die Zusammenhänge der elektrischen und anderen Wellenbewegungen gebracht, die nahe Berührungspunkte bilden, welche über den Aufbau sowie über den Abbau der Materie Aufschluß geben. Es ist selbstverständlich, daß in den einzelnen Spezialfächern diese neuen Errungenschaften erst eingeführt werden müssen, da sonst die Fortschritte, welche uns die Wissenschaft liefert, unbenutzt bleiben würden. Es ist nicht möglich, daß der Praktiker eine umfassende wissenschaftliche Kenntnis besitzt, denn dazu würde viel zu viel Zeit außer der Auffassungsgabe gehören. Auf der anderen Seite streift die Wissenschaft andauernd fort, ohne sich um die praktischen Anwendungsmöglichkeiten zu kümmern, insoweit sie nicht in das wissenschaftliche Gebiet hinüber spielen.

Früher sah man die Materie als etwas Festes, Gegebenes an, welches von der Natur vorgebildet, für uns etwas Unveränderliches an sich trug. Infolgedessen suchte man die kleinsten teilbaren Zusammenhänge zu lösen und nannte dieselben Atome, deren kleinste Gruppierung mit Molekül bezeichnet wurde. Hätten wir demnach Chloratrium vor uns, welches im Hausgebrauch Kochsalz genannt wird, und wollten dieses in seine kleinsten Teilchen zerlegen, so würden wir zu den Kochsalzmolekülen kommen aber weiter nicht. Greifen wir dagegen chemisch ein, ändern wir dasselbe durch irgend einen Kunstgriff, so hätten wir noch kleinere Teilchen, die aber nicht mehr Chloratrium sind, sondern aus den Einzelbestandteilen Chlor und Natrium beständen und keine Ähnlichkeit mehr mit der ursprünglichen Substanz besitzen würden. Chlor ist eine Gasart und Natrium ein Körper, der beim Zerschneiden einen metallischen Glanz zeigt. Soweit geht durchschnittlich das Pensum in den Schulbüchern und die Lehrbücher enthalten auch nicht viel mehr.

Die moderne Wissenschaft zeigt uns nun, daß auch das Atom etwas Zusammengesetztes ist und führt uns schließlich auf eine Ursubstanz, aus der alles gemacht ist. Die früher verspottete Lehre von der Umwandlungsmöglichkeit eines Körpers oder Metalles in ein anderes ist wieder aktuell geworden.

Mit der Einführung der Röntgenstrahlen begann ein Umdenken in wissenschaftlichen Fachkreisen, welches mit der Entdeckung des Radiums, das ebenfalls verschiedene Strahlengattungen aussendet, seine Vollendung erreichte. Glaube man früher,

daß Gold, Silber, Bismut, Uran usw. Elemente seien, die durch nichts eine Änderung erfahren könnten, so steht heute fest, daß alle Elemente etwas Zusammengesetztes sind, die durch positive und negative elektrische Kräfte zusammengehalten werden und sich nur durch die Quantität der elektrischen positiven Elementarladung voneinander unterscheiden, während die negativen Teilchen dabei nur insofern in Betracht kommen, als sie durch Austritt aus einem Molekül bzw. Atom positive Kräfte frei machen und dadurch den Rest in eine höhere Ordnungsstufe versetzen. Während früher das Atomgewicht für die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe maßgebend war, so ist dieser Standpunkt längst verlassen und nur noch die Ordnungszahl von Bedeutung. War früher eine feste Zahl für das Atomgewicht beispielsweise von Bismut grundlegend, so reiht die heutige Wissenschaft verschiedene Körper in die Bleigruppe ein, deren Atomgewicht nicht mehr übereinstimmend ist, jedoch chemisch sich nicht voneinander unterscheiden läßt. Sie nennt solche Körper isotope Elemente.

Es würde zu weit führen den ganzen Entwicklungsgang an dieser Stelle verfolgen zu wollen und dürfte dieses aus Wunsch in besonderen Aufsätzen geschehen die dem Leser ein klares Bild über diese neuen Forschungen geben. Erwähnt sei nur, daß noch eine andere Auffassung der Wissenschaft seit mehreren Jahrzehnten besteht, welche nicht mehr in einer Auflösung bloß einen veränderten Zustand eines bestimmten Stoffes sieht, sondern darin eine teilweise Zerlegung von Molekülen erblickt, die durch die Spaltungskraft des Wassers bewirkt wird und welches in mit verschiedenen Plus- oder Minuszeichen versehenen Hälften teilweise zerfallen sind. Je weitergehender dieser Zerfall ist, desto größer und schneller ist die Reaktionsmöglichkeit; je schwächer, desto langsamer und weniger energisch verläuft ein solcher Prozeß mit anderen dazu geeigneten Stoffen. Diese Hälften nennt die Wissenschaft „Ionen“. Solche Ionen könnte man als Atome oder Moleküle, je nach der mehr oder weniger komplizierten Einzelzusammensetzung derselben, in Verbindung mit Plus- oder Minuselektrizität bezeichnen, wo der Säurecharakter das negative und das Laugenhafte das positive Zeichen hätte. Wir hätten danach ein Mittelglied zwischen Atom und Molekül, welches für sich allein nicht bestehen könnte, sondern, wenn kein Partner mit entgegengesetzter Elektrizität vorhanden wäre, diese überschüssige Elektrizität an irgend einer leitenden Stelle entladen würde, um zu einem geschlossenen Molekül zusammenzutreten. Diese Erscheinung ist seit langem erkannt und in den bekannten Elementen als Kraftquelle für den elektrischen Strom ausgenutzt worden.

Es dürfte nur wenig bekannt sein daß Wasser kein Leiter für den elektrischen Strom ist und in absolut reitem Zustande einen Isolator darstellt, der besser schützen würde als wie Glas und andere Stoffe. Da jedoch das Lösungsvermögen desselben außerordentlich groß ist und seine Auseinander-trennungskraft jeden Stoff, in geringer Menge vorhanden, vollständig spalten würde, so ist nicht das Wasser selbst der Leiter, sondern die dissoziierten Teilchen des Fremdkörpers bilden die Träger der elektrischen Kraft, welches als sekundärer Prozeß in eine scheinbare Zerlegung des Wassers zum Ausdruck kommt. Da nun eine jede Lösung je nach der Konzentration mehr oder weniger in solche Hälften geteilt ist, wobei eine größere Konzentration durchaus keine Zunahme einer solchen Teilung bewirkt, sondern im Gegenteil eine Herabsetzung dieser Spaltungsprodukte herbeiführt, so ist es klar, daß die größte Reaktionsgeschwindigkeit im verdünnten Zustande stattfinden wird.

In der Privatklage der Herren Albert Frisch, Walter Metzberg und Rudolf Ullstein gegen den Kaufmann Herrn Karl Delius, Geschäftsführer der Berliner Cliché-Gesellschaft m. b. H. wegen Beleidigung ist heute wie folgt verhandelt worden:

Der Beklagte, Herr Karl Delius, erklärt, er habe nicht beabsichtigt, die Kläger oder den Gehilfen-Kreisvertreter für Groß-Berlin, Herrn Geyer, zu beleidigen und nehme die von ihm gebrauchten Ausdrücke mit Bedauern zurück.

Berlin, den 15. Februar 1921.

Der Schiedsmann: Johann Lang.

Tüchtiger

Aetzer und Galvaniseur

für unsere Abteilung Metallschilder zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote von unverheirateten Herren erbeten an

Chemische Metallgravüren- und Blechballagen-Fabrik Klingenstein bei Ulm (Württbg.)

Tüchtiger, durchaus zuverlässiger

Maschinenmeister

für Blechdruck (Flachdruckpresse und Rotary) zum sofortigen Eintritt nach Süddeutschland gesucht. Ledige Herren, welche schon mit Erfolg in Metallschilder- und Blechballagenfabriken tätig waren und mit dem Farben-druckverfahren bewandert sind, bevorzugt. Nur wirklich tüchtige Kräfte wollen ihre Bewerbung einreichen an

Chemische Metallgravüren- und Blechballagen-Fabrik Klingenstein bei Ulm (Württbg.)

Wir suchen für sofort einen tüchtigen

Nachschneider

für Strich und Auto, der gleichzeitig im Holzschnitt bewandert sein muß, und einen perfekten

Andrucker

für Schwarz u. Farben für die Reliance-Presse. Angebote m. Zeugnisabschriften u. Lohnansprüche sow. Eintrittstermin an

Brend' amour, Simhart & Co. Nachf. Düsseldorf-Oberkassel.

Kollegen erhalten den Vertrieb genaue gekaufter Gebrauchsartikel. Guter Verdienst. Anleitung und Muster gegen 2,50 Mark von M. Friebe, Leipzig-Stötteritz, Arnoldstraße 9.

Tücht. Andrucker

für Autotypen, Strich und Farben sofort gesucht

Dr. Selle & Co.,

Berlin SW. 29, Zossener Str. 55.

Verschiedenes

Gute

Ton-Schneidemaschine

für Xylographen, zu kaufen gesucht

Herm. Entenmann, Chemigraph

Stuttgart, Kanzleistr. 11, III.